

Reglement über die Aufnahme in das Bürgerrecht der Burgergemeinde Meinisberg

Die Burgergemeinde Meinisberg,
gestützt auf Artikel 50 Absatz 1 und Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe a des Gemeindegengesetzes (GG), Artikel 6 - 9, 19 - 22 und 25 - 30 des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG) sowie Artikel 14 Buchstabe e des Organisationsreglements der Burgergemeinde Meinisberg

auf Antrag des Burgerrates,

beschliesst:

I. Allgemeines

Grundsätzliches **Art. 1** ¹Dieses Reglement regelt den Erwerb und Verlust des Bürgerrechts, soweit der Bund oder der Kanton keine abschliessende Regelung getroffen hat.

²Dieses Reglement basiert auf folgenden Rechtsgrundlagen von Bund und Kanton:

- a. Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB);
- b. Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (BüG);
- c. Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG);
- d. Verordnung über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüV);
- e. Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG).

Zuständigkeit **Art. 2** ¹Über ein Gesuch um Zusicherung des Bürgerrechts entscheidet die Burgergemeindeversammlung auf Antrag des Burgerrates.

Schweigepflicht **Art. 3** ¹Die Mitglieder der burgerlichen Organe unterliegen betreffend Tatsachen, die sie im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens erfahren haben Dritten gegenüber der Schweigepflicht.

II. Erwerb des Bürgerrechts

Von Gesetzes wegen **Art. 4** ¹Das Bürgerrecht wird in den Fällen von Artikel 259, 267a und 271 ZGB und Artikel 1 und 4 BüG von Gesetzes wegen erworben.

Durch Beschluss **Art. 5** ¹In den anderen Fällen als Artikel 4 wird das Bürgerrecht durch behördlichen Beschluss erworben.

Bürgerrecht der Einwohnergemeinde **Art. 6** ¹Das Bürgerrecht schliesst das Bürgerrecht der entsprechenden Einwohner- oder Heimatgemeinde ein.

III. Voraussetzungen

Allgemeines	Art. 7 ¹ Schweizerinnen und Schweizer können auf Gesuch hin in das Bürgerrecht aufgenommen werden, wenn sie eine enge Verbundenheit mit der Burgergemeinde nachweisen.
Weitere Voraussetzungen	Art. 8 ¹ Für die Aufnahme in das Bürgerrecht sind erforderlich: a. ein ununterbrochener, zweijähriger Wohnsitz in der Burgergemeinde; b. ein guter Leumund c. geordnete wirtschaftliche Verhältnisse
Erleichterte Voraussetzungen	Art. 9 ¹ Ehegatten sowie eingetragene Partnerinnen oder Partner von Bürgerinnen und Bürgern können unter erleichterten Voraussetzungen eingebürgert werden. Der Burgerrat bestimmt auf welche Voraussetzungen verzichtet werden kann. ² Unter den gleichen Voraussetzungen wie nach Absatz 1 können in gerader Linie verwandte Kinder oder Grosskinder von Bürgerinnen und Bürgern eingebürgert bzw. wieder eingebürgert werden.

IV. Verfahren

Gesuch	Art. 10 ¹ Gesuche um Zusicherung des Bürgerrechts sind schriftlich beim Burgerrat mit dem amtlichen Gesuchsformular einzureichen. Die in Artikel 13 verlangten Unterlagen sind dem Gesuch beizulegen.
Eintreten / Rechtsanspruch	Art. 11 ¹ Auf das Einbürgerungsgesuch wird eingetreten, wenn sämtliche Unterlagen nach Artikel 13 vorliegen. ² Ein unvollständiges Gesuch wird zur Ergänzung zurückgewiesen. ³ Es besteht kein Rechtsanspruch auf Einbürgerung.
Familienangehörige	Art. 12 ¹ Ehepaare und Personen, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, können ein gemeinsames Gesuch einreichen. ² Die Einbürgerung der Eltern oder eines Elternteils erstreckt sich auch auf die in das Gesuch einbezogenen minderjährigen Kinder. Nach dem zurückgelegten 16. Altersjahr können Minderjährige nur mit ihrer schriftlichen Zustimmung eingebürgert werden.
Unterlagen	Art. 13 ¹ Gesuchstellende haben dem Gesuch folgende Unterlagen beizulegen: a. Personenstandsausweis (für Einzelpersonen), Familienausweis (für Ehegatten), Partnerschaftsausweis (für eingetragene Partnerschaften); b. Kopie des Passes oder der Identitätskarte; c. Wohnsitznachweise; d. Privatauszug aus dem Strafregister des Bundes; e. Auszüge aus den Betreibungsregistern der Wohnorte der letzten fünf Jahre, sofern verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft lebend auch des anderen Ehegatten bzw. der Partnerin oder dem Partner; f. für volljährige Personen: selbstverfasster Lebenslauf jeder mündigen Person (inklusive Bildungsgang, Beruf, bisherige Tätigkeit, freiwillige Tätigkeiten / Ehrenämter, Familienverhältnisse) mit Darlegung der Gründe für die Bewerbung sowie der Verbundenheit zu Meisberg.

²Für minderjährige Kinder, die in das Gesuch eines Elternteils einbezogen werden, sind ein Personenstandsausweis sowie eine Kopie des Passes oder Identitätskarte einzureichen.

Prüfung

Art. 14 ¹Der Burgerrat prüft das Einbürgerungsgesuch und die Unterlagen. Er kann von den Gesuchstellenden zusätzliche Auskünfte und Unterlagen verlangen. Die Gesuchstellenden sind verpflichtet, der Burgergemeinde alle für die Beurteilung des Gesuches erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

² Der Burgerrat oder ein von ihm bestimmter Ausschuss prüft die Einbürgerungsvoraussetzungen in geeigneter Weise.

³Besteht weiterer Abklärungsbedarf, ist der Burgerrat oder ein von ihm bestimmter Ausschuss gestützt auf Artikel 25 KBüG befugt, bei bernischen und ausserkantonalen Verwaltungs- und Verwaltungsjustizbehörden amtshilfeweise über die für die Beurteilung der Einbürgerungsvoraussetzungen zwingend erforderlichen Personendaten Auskunft zu verlangen.

Würdigung und Antrag

Art. 15 ¹Der Burgerrat würdigt die Persönlichkeit der Gesuchstellenden und der Familienangehörigen sowie die Erfüllung der Einbürgerungsvoraussetzungen.

²Der Burgerrat ist befugt, ein Gesuch im Einvernehmen mit der Gesuchstellenden jeweils einmalig für höchstens zwei Jahre zu sistieren, wenn ein anderes Verfahren Auswirkungen auf die Einbürgerungsvoraussetzungen hat.

³Das Gesuch ist der Burgerversammlung mit einem begründeten Antrag des Burgerrates zu unterbreiten. Ein ablehnender Antrag erfolgt nur nach Anhörung der Gesuchstellenden und sofern diese die Behandlung des Gesuches durch die Burgerversammlung ausdrücklich wünschen.

Beschluss

Art. 16 ¹Die Burgerversammlung nimmt Kenntnis vom begründeten Antrag des Burgerrates über die Erfüllung der Einbürgerungsvoraussetzungen und würdigt das Einbürgerungsgesuch nach pflichtgemäsem Ermessen. Die Zusicherung des Bürgerrechts erfolgt durch Mehrheitsbeschluss in offener Abstimmung. Wird die Zusicherung des Bürgerrechts verweigert, ist die begründete Verfügung den Gesuchstellenden zu eröffnen.

Weiterleitung des Gesuches

Art. 17 ¹Ist das Bürgerrecht zugesichert worden, wird das Gesuch mit sämtlichen Unterlagen sowie dem Zusicherungsentscheid, der die Einbürgerung massgebenden Sachverhalte enthält, dem Amt für Migration und Personenstand (Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst) des Kantons Bern zugestellt.

²Die Burgergemeinde stellt die kommunalen sowie kantonalen Gebühren für beide Behörden gemeinsam in Rechnung, nachdem das Bürgerrecht zugesichert worden ist.

³Das Verfahren nimmt erst dann seinen weiteren Verlauf, wenn sämtliche in Rechnung gestellten Gebühren bezahlt sind.

V. Einkaufsumme

Art. 18 ¹Für die Aufnahme in das Bürgerrecht entrichten die Gesuchstellenden eine Einkaufsumme. Diese beträgt für Einzelpersonen CHF 1'800.00 und für Ehepaare CHF 2'000.00.

²Bei Gesuchen nach Artikel 9 wird eine reduzierte Gebühr von CHF 200.00 erhoben.

³Kantonale Gebühren bleiben ausdrücklich vorbehalten und sind getrennt von der kommunalen Gebühr zu betrachten.

⁴Minderjährige Kinder, die in das Gesuch der Eltern oder eines Elternteils einbezogen werden, entrichten keine Gebühr, auch wenn sie während des Verfahrens volljährig werden.

⁵Mitarbeitende der Burgergemeinde bezahlen eine reduzierte kommunale Gebühr unter Berücksichtigung einer Reduktion von 10 % pro Dienstjahr, mindestens jedoch CHF 200.00.

⁶Auf Antrag des Burgerrates kann die Burgerversammlung in sachlich begründeten Einzelfällen abweichende Einkaufssummen beschliessen.

VI. Vollzug der Aufnahme

Bezahlung	Art. 19 ¹ Mit der Eröffnung der Zusicherung des Bürgerrechts werden die Gesuchstellenden aufgefordert, die kommunale Gebühr und die kantonale Gebühren an die Burgergemeinde zu überweisen. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage.
Inkrafttreten des Bürgerrechts	Art. 20 ¹ Das Bürgerrecht tritt mit der kantonalen Genehmigung des kommunalen Einbürgerungsentscheides oder mit der rechtskräftigen Erteilung des Kantonsbürgerrechts in Kraft.
Eröffnung	Art. 21 ¹ Sobald die Genehmigung des kommunalen Einbürgerungsentscheides oder die rechtskräftige Erteilung des Kantonsbürgerrechts vorliegt, wird den neu aufgenommenen Bürgerinnen und Bürgern ihre definitive Aufnahme schriftlich und an der nächsten Burgergemeindeversammlung mündlich eröffnet.
Eintrag im Bürgerregister	Art. 22 ¹ Die Einbürgerung darf im Bürgerregister erst dann eingetragen werden, wenn das Amt für Migration und Personenstand (Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst) der Burgergemeinde die Beurkundung im Personenstandsregister mitgeteilt hat.
Archivierung	Art. 23 ¹ Sämtliche rechtskräftigen verfahrensabschliessenden Entscheide, inklusive Gesuchsunterlagen von abgeschlossenen Einbürgerungs- und Entlassungsverfahren, werden durch die Burgergemeinde an das Amt für Migration und Personenstand (Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst) weitergeleitet und durch dieses aufbewahrt.

²Die Gemeinden können kostenfrei in die Akten Einsicht nehmen, die ihre Gemeinde betreffen.

VII. Verlust des Bürgerrechts

Von Gesetzes
wegen

Art. 24 ¹Das Bürgerrecht erlischt von Gesetzes wegen:

- a. in den Fällen von Artikel 259, 267a und 271 ZGB;
- b. durch Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Art. 5 - 7 BÜG);
- c. durch den Verlust des Bürgerrechts der Einwohnergemeinde (Art. 4 Abs. 2 KBÜG).

Durch Beschluss

²Das Bürgerrecht geht verloren:

- a. mit der Nichtigerklärung der Einbürgerung (Art. 36 BÜG);
- b. mit der Entlassung aus dem Schweizer Bürgerrecht (Art. 37 BÜG);
- c. mit dem Entzug des Schweizer Bürgerrechts (Art. 42 BÜG);
- d. mit der Entlassung aus dem Kantons- oder Gemeindebürgerrecht (Art. 23 Abs. 1 KBÜG);
- e. auf Gesuch hin mit Beschluss des Burgerrates, auch wenn das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde beibehalten wird (Art. 23 Abs. 3 KBÜG).

VIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Hängige Gesuche

Art. 25 ¹Bis zum 31. Dezember 2017 eingereichte Gesuche werden nach den Bestimmungen des damals geltenden Rechts beurteilt.

²Die Burgergemeinde schliesst hängige Gesuche nach Absatz 1 bis zum 31. Dezember 2019 ab.

Inkrafttreten

Art. 26 ¹Dieses Reglement ist anlässlich der Burgerversammlung vom 3. Dezember 2018 beschlossen worden.

²Der Burgerrat bestimmt und publiziert den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reglements.

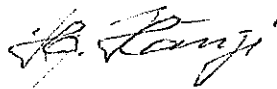
Aufhebung
bisherigen Rechts

Art. 27 ¹Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements werden alle widersprechenden Bestimmungen der Burgergemeinde, insbesondere das Reglement über die Aufnahme in das Bürgerrecht vom 15. Mai 1995, aufgehoben.

Im Namen der Burgergemeinde Meisberg

Der Präsident:

Hanspeter Hänni



Die Burgerschreiberin:

Claudia Schott



Auflagezeugnis

Die unterzeichnende Burgerschreiberin der Burgergemeinde Meisberg bescheinigt, dass das vorliegende Reglement vom 1. November 2018 bis 3. Dezember 2018 [dreissig Tagen vor der Behandlung durch die Burgergemeindeversammlung] in der Gemeindeschreiberei Meisberg, Hauptstrasse 45, öffentlich aufgelegt war. Die Auflage wurde nach den gesetzlichen Vorschriften publiziert.

Meinisberg



Bürgergemeinde Meinisberg

Der Burgerrat gibt gestützt auf Art. 45 der kant. Gemeindeverordnung vom 16.12.1998 folgende **Genehmigung und Inkraftsetzung** bekannt:

Die Bürgergemeindeversammlung vom 3. Dezember 2018 hat das neue **Reglement über die Aufnahme in das Bürgerrecht der Bürgergemeinde Meinisberg** genehmigt.

Das Reglement wird gemäss Burgerratsbeschluss per 1.01.2019 in Kraft gesetzt.

Das neue Reglement über die Aufnahme in das Bürgerrecht der Bürgergemeinde Meinisberg kann bei der Burgerschreiberin Claudia Schott, Herrengasse 10, 2554 Meinisberg, bezogen werden.

Rechtsmittel

Gegen Beschlüsse des Burgerrates kann innert 30 Tagen seit dieser Veröffentlichung beim Regierungsstatthalteramt Biel/Bienne, Schloss,

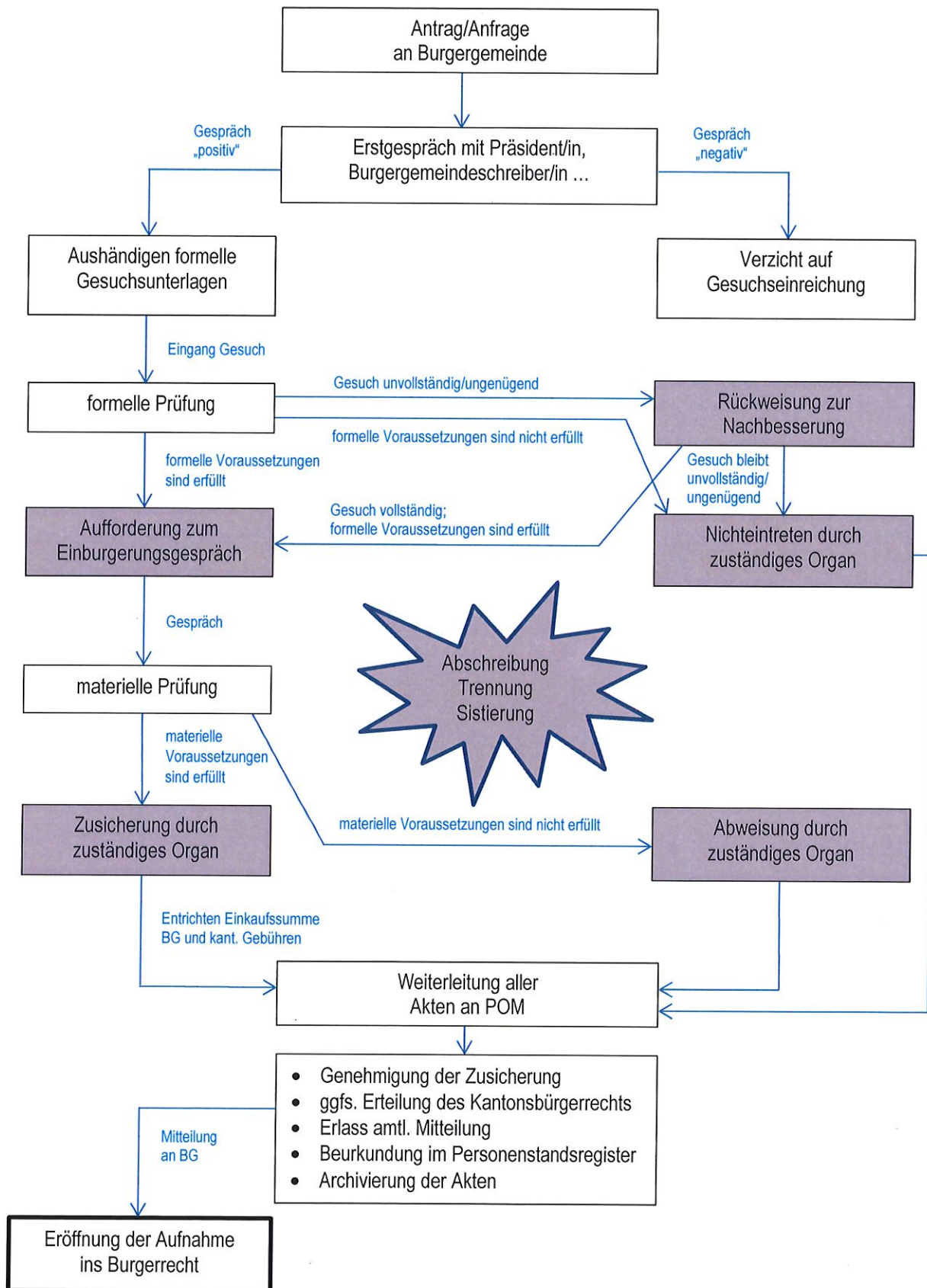
2560 Nidau, Beschwerde geführt werden. Diese muss einen Antrag, die Angabe von Tatsachen und Beweismittel, eine Begründung und die Unterschrift enthalten.

Meinisberg, 7.01.2019

106954

Der Burgerrat

Ablaufschema Einbürgerung



Seit 1.01.2019 ist das neue Reglement über die Aufnahme in das Bürgerrecht der Burgergemeinde Meinisberg in Kraft.

Für die Einbürgerung gelten die Voraussetzungen unter Art. 7 und 8.

Gemäss Art. 9 des neuen Reglements können folgende Personen unter erleichterten Voraussetzungen eingebürgergt werden:

- Ehegatten sowie eingetragene Partnerinnen und Partner von Bürgerinnen und Bürgern
- In gerader Linie verwandte Kinder oder Grosskinder von Bürgerinnen und Bürgern

Kosten:

Bei Gesuchen nach Art. 9 wird eine reduzierte Gebühr von Fr. 200.00 pro erwachsene Person erhoben.

Minderjährige Kinder, die in das Gesuch der Eltern oder eines Elternteils einbezogen werden entrichten keine Gebühr, auch wenn sie während des Verfahrens volljährig werden.

Was gibt es sonst noch zu beachten:

Wer im Besitz eines anderen bernischen Bürgerrechts ist, verliert es bei der Einbürgerung nicht.

Bei einem ausserkantonalen Bürgerrecht muss erst beim Zivilstandsamt des Heimatortes abgeklärt werden, ob man dieses bei einer Einbürgerung verliert. Leider ist dies von Kanton zu Kanton verschieden.

Die Kantonsgebühren betragen gegenwärtig

Fr. 80.00 pro erwachsene Person bei Bürgern mit einem bernischen Heimatrecht

Fr. 120.00 pro erwachsene Person bei Bürgern mit einem ausserkantonalen Heimatrecht

Für das Gesuch um Einbürgerung muss ein amtliches Formular ausgefüllt werden. Dieses wird von der Burgerschreiberin Claudia Schott, Tel. 032 377 19 64, zur Verfügung gestellt. Ausserdem sind dem Gesuch die Unterlagen (Originale) gemäss Art. 13 beizulegen.

29.03.2019 sch